

FÖRDERPROGRAMM – Mit der Erhöhung der Beitragssätze werden beim «neuen» Baselbieter Energiepaket die Anreize für energetische Sanierungen und erneuerbare Energien im Gebäudebereich noch weiter erhöht. Das Förderprogramm läuft bis Ende 2025.

«Neues» Energiepaket ab 1. Mai 2020

Das erfolgreiche Baselbieter Energiepaket wird bis Ende 2025 weitergeführt. Neu stehen im Baselbiet für energetische Gebäudesanierungen und erneuerbare Energien im Gebäudebereich inklusive Bundesbeiträge jährlich rund 18 Millionen Franken zur Verfügung – und damit erheblich mehr als in den Vorjahren. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft setzt die neue Förderverordnung zum Baselbieter Energiepaket per 1. Mai 2020 in Kraft.

Beitragssätze deutlich erhöht

Eine wesentliche Neuerung sind die für praktisch sämtliche Massnahmen deutlich erhöhten Beitragssätze. Bislang wurden durch das Energiepaket durchschnittlich rund 10 bis 15 Prozent der entsprechenden Investitionskosten gedeckt. Neu sind es erheblich mehr. Mit der Erhöhung der Sätze werden die Anreize für energetische Sanierungen und erneuerbare Energien im Gebäudebereich noch weiter erhöht.

Ersatz fossiler Heizungen

Mit stark erhöhten Beitragssätzen wird insbesondere der Ersatz von fossilen Heizungen durch erneuerbare Heizsysteme unterstützt. Neu wurde zudem auch die Förderung von Luft/Wasser-Wärmepumpen beim Ersatz einer fossilen Heizung in das Programm aufgenommen. Bislang wurden Luft/Wasser-Wärmepumpen nur unterstützt, wenn sie Elektroheizungen ersetzen.

Wirtschaftskammer ist erfreut

«Die Verlängerung des Baselbieter Energiepakets bis Ende 2025 ist angesichts seiner bisherigen Erfolgsbilanz richtig und wichtig», sagt **Christoph Buser**, Direktor der Wirt-

schaftskammer. Dank des Energiepakets belaufe sich die seit 2010 eingesparte oder erneuerbar produzierte Energie auf durchschnittlich 278 GWh pro Jahr. Dies entspreche rund 9 Prozent des jährlichen Raumwärmebedarfs im Kanton Basel-Landschaft und damit rund 463 Bahnwaggons gefüllt mit Heizöl. «Diese beeindruckenden Zahlen konnten dank des Energiepakets mit Anreizen und ohne Verbote realisiert werden», sagt Buser.

Die Verlängerung und die Stärkung des Energiepakets dienen

ganz direkt auch den KMU: Aufgrund des Baselbieter Energiepakets und den damit verbundenen energetischen Sanierungen wurden bislang Investitionen von beeindruckenden rund 750 Millionen Franken ausgelöst.

Wichtig für KMU in Coronakrise

«Diese Aufträge kommen zu über 80 Prozent den kantonalen KMU zugute», so Buser. Mit der weiteren Erhöhung der Anreize dürften auch die Investitionen zugunsten der KMU weiter zunehmen. Gerade in

der anspruchsvollen Corona-Zeit ist für die Baselbieter KMU jeder Auftrag wichtig.

Die Wirtschaftskammer appelliert daher auch an die Wohneigentümerinnen und -eigentümer möglichst jetzt – auch in Zeiten der Coronakrise – von den tollen Möglichkeiten des Baselbieter Energiepakets zu profitieren und damit die KMU zu unterstützen. «Die Baselbieter KMU-Wirtschaft ist das Rückgrat unserer Gesellschaft und hat unsere Solidarität verdient», sagt Christoph Buser.

Simon Dalhäuser



Vom Baselbieter Energiepaket profitiert auch das lokale Gewerbe.

Bild: Gyhr

JETZT INFORMIEREN

Weitere Informationen zum Baselbieter Energiepaket:

Website:
www.energiepaket-bl.ch

Facebook:
[energiepaketBL](https://www.facebook.com/energiepaketBL)

Kostenlose Telefonhotline:
061 552 55 55.

INITIATIVE HOCHLEISTUNGSSTRASSENNETZ – Die Regierung und der Landrat empfehlen die Zustimmung zur Verkehrsinitiative «zum Ausbau des Hochleistungsstrassennetzes». Das Stimmvolk entscheidet in der zweiten Hälfte dieses Jahres über die Initiative.

Landrat will Planung für den Verkehr der Zukunft anstossen

Der Landrat hat am vergangenen 2. April nach einer längeren Debatte entschieden, die formulierte Initiative «zum Ausbau des Hochleistungsstrassennetzes» dem Stimmvolk uneingeschränkt – also ohne Gegenvorschlag – zur Annahme zu empfehlen. Die Regierung hatte sich bereits zuvor mit viel Wohlwollen für die Initiative ausgesprochen, die im Jahr 2017 mit 3235 Unterschriften zustande kam.

Nun entscheidet das Baselbieter Stimmvolk in der zweiten Jahreshälfte darüber, ob eine regionale Planung der Verkehrsachsen der Zukunft unter Berücksichtigung aller Verkehrsteilnehmer und -formen an die Hand genommen werden soll.

Bund hat Strassen übernommen

Zu reden gab in der parlamentarischen Debatte die Frage der Zuständigkeit für die Hochleistungsstrassen. Diese gingen zu Beginn des Jahres 2020 grösstenteils an den Bund über, womit für Teile des Landrats zunächst nicht klar war, was die geforderte «Weiterentwicklung des Hochleistungsstrassennetzes» überhaupt bedeutet.

Die Initiative zielt nicht darauf ab, neue Autobahnen zu bauen, son-

dern das bestehende Strassennetz so zu entwickeln, dass es zukunftsfähig ist. Dabei sollen die zukünftigen Realitäten im Verkehr berücksichtigt werden. Der Ausbau der Schnittstellen zu den Kantonsstrassen soll so optimiert werden, dass beispielsweise die Verkehrsüberlastungen nicht täglich zu Stausituationen in den Dorfkernen führen. Da der Bund die Aufgabe der

übergeordneten Planung von Hochleistungsstrassen, Kantonsstrassen und neuen Verkehrsformen nicht für das Baselbiet erledigen wird, braucht es diese Vorleistung. Nur so kann unser Kanton in Bern auch eine klare Position vertreten.

Der Stau in der Region ist schon jahrelang ein ernstes volkswirtschaftliches Problem, das bisher nicht in den Griff zu bekommen

war. Einzelne Lösungen wie der Vollanschluss Aesch und weitere Projekte bringen zwar lokale Linderung, sind letztlich aber nur Pflasterli-Lösungen und nicht Teil eines Gesamtkonzepts.

Im Moment verschafft uns Corona eine Auszeit vom Stau, sobald die Massnahmen des Bundes wieder gelockert werden, wird auch der Verkehr wieder zunehmen. Kurzfristig

dürften die Strassen sogar noch mehr belastet sein, da in Pandemiezeiten von der Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel abgeraten wird.

Verbindliche Zusammenarbeit

Eine wichtige Forderung der Initiative ist auch die verbesserte Abstimmung und Geltendmachung der Baselbieter Anliegen bei den Nachbarkantonen. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund einiger basel-städtischer Alleingänge in den vergangenen Jahren. Verkehr betrifft die ganze Region, und es braucht eine verbindliche Zusammenarbeit. Nur so kann die Vertretung gegenüber dem Bund intensiviert werden. Das Baselbiet muss seinen Anliegen zum Durchbruch verhelfen.

Diese Ziele sollen gesetzlich verankert werden. Natürlich gibt es bestehende Strukturen und Gremien der Zusammenarbeit, aber sind wir ehrlich, die Realität ist noch immer der Stau! Das Baselbiet braucht jetzt einen Plan für die Zukunft, ein Strassennetz, das alle Verkehrsträger mit einbezieht, das nachhaltig ist und vor Bund und Nachbarkantonen vertreten wird. Deshalb: Ja zur Initiative «zum Ausbau des Hochleistungsstrassennetzes». *Birgit Kron*



Die Verkehrsinitiative «zum Ausbau des Hochleistungsstrassennetzes» will dafür sorgen, dass solche Staubilder auf Baselbieter Strassen nicht mehr zu sehen sein werden.

Bild: Archiv